

# Geschichte

Das Zweistromland gilt als Wiege zahlreicher Kulturen. Archäologische Funde aus Mesopotamien werden auf das 11. Jahrtausend v.Chr. datiert. Erste Sprachen und Schriften entwickeln sich im 4. Jahrtausend v.Chr.. Geografisch nah und nicht immer frei von Gebietskämpfen entwickeln sich sumerische, akkadische, assyrische und babylonisch Städte und Reiche. Sie geben sich Verwaltungsstrukturen, Gesetze und Verfassungen.

- Tag der Unabhängigkeit 03.10.1932
- Staatsoberhaupt Barham Salih
- Regierungschef Mustafa Al-Kazemi
- Politisches System Parlamentarische Demokratie
- Demokratie Status- Index (BTI) Rang 97 von 137 (2020)
- Korruptionsindex (CPI) Rang 162 von 180 (2019)

## Mesopotamien

[Mesopotamien](#) gilt als Wiege zahlreicher Kulturen. Archäologische Funde aus Mesopotamien werden auf das 11. Jahrtausend v.Chr. datiert. Erste Sprachen und Schriften entwickeln sich im 4. Jahrtausend v.Chr. Geografisch nah und nicht immer frei von Gebietskämpfen entwickeln sich [sumerische](#), [akkadische](#), [assyrische](#) und [babylonisch](#) Städte und Reiche. Sie geben sich erste Verwaltungsstrukturen, Gesetze und Verfassungen. Den zahlreichen Göttern werden riesige Tempel gebaut. Ein Video gibt einen Einblick

Das im Berliner Pergamon-Museum stehende Tor der Göttin Ishtar ist eines der schönsten erhaltenen Manifestationen babylonischer Architektur. Es huldigt der babylonischen Göttin der Schönheit, Fruchtbarkeit und Zerstörung, deren Heiratsantrag Gilgamesch der Legende nach ausschlägt, mit

verheerenden Folgen.

Das [Gilgamesch-Epos](#) von der Suche eines Königs nach Unsterblichkeit inspiriert bis heute Historiker sowie Literaten der ganzen Welt. Steintafeln überliefern Fragmente des Epos, in unterschiedlichen Varianten und Sprachen. Sie beweisen, dass im damaligen Mesopotamien trotz der unterschiedlichen Sprachen und Herrschaftssysteme auf engstem Raum zwischen den Schriftführern ein reger Austausch mythologischer und religiöser Ideen stattfand.

Das Team (Crash Course World Mythology) versucht sich hier an einer humorvollen und grafisch unterfütterten Annäherung zum «ur-irakischen» Mythos.

(The Epic of Gilgamesh: Crash Course World Mythology #26; 08.09.2017; Engl.; 13:45 min)

Das Jahr 539 v. Chr. bildet einen epochalen Einschnitt. Kyros der Große erobert erst Babylon und dehnt dann seine Herrschaft auf weite Teile Mesopotamiens aus. Damit gehen ganze Zeitalter sumerischer, akkadischer, assyrischer und babylonischer Hochkulturen zu Ende.

Mehr als 300 Jahre wird das Zweistromland nun unter persischer Regentschaft stehen. Es folgen Gebietskämpfe zwischen den [Seleukiden](#), den Parthern, den Sasaniden und den Römern um das Zweistromland. Die Schwächung persischer und römischer Truppen ebnet den Raum für die schrittweise Arabisierung der Region.

In Kadesia und Jarmuk (ca. 636 n. Ch.) drängen muslimische, vornehmlich arabische Truppen das persische und das byzantinische Reich zurück und nehmen schließlich Mesopotamien, Syrien und Palästina ein. In den Folgejahren werden im Zweistromland die bedeutenden Städte Basra und Kufa gegründet. Für wenige Jahre verlegt der Khalif Ali Ibn Abi Talib sogar den Regierungssitz von Mekka nach Kufa. Nach seiner Ermordung setzen sich jedoch die von Damaskus aus regierenden [Umayyaden](#) politisch durch.

Ali Ibn Abi Talibs Anhänger sehen in seinen Söhnen, den Enkelkindern des Propheten Mohammed, Al-Hassan und Al-Hussein, die legitimen Nachfolger. In der [Schlacht von Kerbala](#) 680 n. Chr. werden Al-Hussein und seinen Begleiter von der umayyadischen Armee unter Führung von Yazid I getötet. Seitdem ist Kerbala eine der bedeutendsten schiitischen Pilgerstätte.

750 entsteht in Mesopotamien die Abbasiden-Dynastie und macht den Umayyaden den Sitz des Khalifats streitig. Die Gründung Bagdads, 762, und die Neu-Gründung Samarras gelten als Meilensteine der [Abbasiden-Dynastie](#). Sie entwickeln u.a. die arabische Sprache weiter, fördern den Handel, investierten in Architektur bzw. Städtebau. Die Abbasiden können sich bis ca. 945n.Chr. an der Macht halten. In der Zeit danach sind sie angewiesen auf den militärischen Schutz der persischen Buyiden, später der [Seldschuken](#), und geraten so in zunehmende politische Abhängigkeit. Die abbasidische Ära wird in den irakischen Schulbüchern heute als Blütezeit des Zweistromlandes porträtiert.

1258 zerstören mongolische Truppen Bagdad und ermorden große Teile der Abbasiden-Familie. Während der mongolischen Zeit wird das Jahrtausende alte System der Bewässerung zerstört und das Versorgungssystem Mesopotamiens kollabiert.

Der Dynastie-Zeit Timurs I. folgt eine Desintegration der Region in Einflussgebiete turko- mongolischer, turkmenischer, arabischer und persischer Stämme.

Dann erobert das [Osmanische Reich](#) 1534 schrittweise das Zweistromland. Es werden erste Provinzen mit eigenen Verwaltungen gegründet: Mossul, Bagdad und Basra bilden nun eine geographische Achse zwischen der Türkei und dem Persischen Golf.

## **Irak bis zum Ende des 2. Weltkriegs**

Im Jahre 1908 werden große [Ölfelder im Iran](#) entdeckt – mit

einschneidenden Folgen für die Region. Denn bereits ein Jahr später wird die binationale Anglo-Persian Oil Company (APOC) gegründet – ein Vorläufer der heutigen Firma British Petroleum (BP). Bis zum Jahr 1914 schraubt Großbritannien, vertreten durch die britische Admiralität, seine Unternehmensanteile auf 51% hoch; zusätzlich erwirbt es 13% an der staatlichen [Turkish Petrol Company \(TPC\)](#). Das berechtigt die Briten aber nicht, Lizenzen für Ölbohrungen im Irak zu erwerben – worin das ursprüngliche strategische Interesse bestand. Im Zuge der konträren Bündnispolitik während des 1. Weltkriegs (die Türkei ist mit dem Deutschen Reich verbündet, Großbritannien dessen Gegner) verschärfen sich die Spannungen zwischen türkischen Mehrheitseignern und den britischen Minoritätshaltern. Der erste Weltkrieg bringt am Ende jegliche Ölförderung zum Erliegen.

1916 unterzeichneten Großbritannien und Frankreich das [Sykes-Picot-Abkommen](#), welches eine Aufteilung osmanischer Gebiete nach dem Ende des 1. Weltkriegs regelt. Der Völkerbund vergibt 1920 u.a. das Irak-Mandat an Großbritannien. Ein Jahr später wird [König Faisal ibn Hussein](#) von Großbritannien als König im Irak inthronisiert.

Wie die Region zunehmend unter dem Einfluß europäischer Kolonialmächte und lokaler, kollaborierender Eliten kam, und die Grenzen der jetzigen Staaten des arabischen Raumes entstanden, erklärt der Dokumentarfilm «Irak – Nachkriegszeit» (Mit offenen Karten; Arte; 20.10.2018; Dt.; 12:14 min)

1932 wird der Irak Vollmitglied des Völkerbundes und damit de iure unabhängig. Tatsächlich aber behalten die Briten ihren starken Einfluss, denn den haben sie sich zwei Jahre zuvor im [irakisch-britischen Vertrag](#) absichern lassen. Insbesondere in den Bereichen Außenpolitik, Armee, Exportwirtschaft und Bildung muss sich die irakische Regierung den englischen Vorstellungen beugen. Zudem behalten die Briten sich die militärische Nutzung von Flugplätzen vor und lassen sich ein Interventionsrecht im Kriegsfall festschreiben. Auch, aber

nicht nur deswegen, wird die formelle Unabhängigkeit von der Bevölkerung wenig goutiert.

## **Unabhängigkeit und Aufstieg der Baath-Partei**

1948 wird im [Vertrag von Portsmouth](#) das britisch-irakische Bündnis erneuert. Doch 1958 kommt es zur Revolution der «freien Offiziere», König Faisal II. und weitere Mitglieder der königlichen Familie werden ermordet. [Abd al-Karim Qasim](#) und Abd al-Salam Arif, beides Offiziere, bilden eine Regierung, die von von irakischen Kommunisten und sogar eine Zeit lang von den kurdischen politischen Kräften mitgetragen wird. Doch der Balanceakt zwischen irakischen Nationalisten, Kommunisten, Panarabisten und anderen Kräften im Land gestaltet sich als Herausforderung. Nach einem gescheiterten Putsch und mit dem Beginn der sogenannten [Barzani-Revolten](#), gewinnt die panarabistische [Baath-Partei](#) jetzt zunehmend an Einfluss. 1963 probt sie erfolglos den Putsch, kommt allerdings erst 1968 für längere Zeit an die Macht. [Hassan al-Bakr](#) wird Staatspräsident, [Saddam Hussein](#) sein Vize.

Nach vielen Verhandlungen, gebrochenen Versprechen (allen voran der nie umgesetzte Vertrag von Sèvres aus dem Jahr 1920) und mehreren niedergeschlagenen Aufständen, werden die Kurden 1970 im [März-Manifest](#) als «Nation» anerkannt und ihnen die Autonomie zugebilligt. Innerkurdische Auseinandersetzungen und der Streit mit Bagdad um die ölreichen Provinzen Kirkuk und Mosul verhindern die tatsächliche Umsetzung. Es folgen erneut Aufstände und Kämpfe, die Tausende von Opfern fordern. Unterstützung erhalten die Kurden aus dem Iran.

Diese versiegt nachdem Bagdad und Teheran im [Vertrag von Algier](#) 1975 ihre Grenzstreitigkeiten am Shat al-Arab beilegen. 1976 spricht Saddam Hussein davon, unter allen Umständen eine neue kurdische Nationalbewegung zu verhindern. 1979 setzt er Hassan al-Bakr als Parteichef ab, offiziell aus

«Gesundheitsgründen». Nun wird er Staatspräsident, Premierminister, Vorsitzender der Baath-Partei, Generalsekretär des Revolutionären Rats, Chef der Streitkräfte und der Geheimdienste. 1980-1988 führt er Krieg gegen den Iran. Der [erste Golfkrieg](#) fordert geschätzte 1 Mio. Leben.

Im März 1988 gibt es einen verheerenden [Giftgas-Angriff](#) auf die kurdische Stadt Halabja. Rund 5000 Zivilisten sterben sofort, Tausende weitere werden verletzt. 1988-1989 führt das Baath-Regime weiter Krieg gegen die eigenen Bevölkerung. In der [Anfal-Kampagne](#) begeht es Verbrechen im Norden und im Süden.

Es sterben fast 200.000 Menschen, weitere Tausende werden vertrieben, enteignet oder zwangsumgesiedelt. Hochverschuldet durch den ersten Golfkrieg besetzt der Irak das ölreiche Nachbarland, Kuwait. Im [Golfkrieg II](#) folgen der militärischen Niederlage ein breit angelegtes Embargo sowie internationale Sanktionen, die den Irak endgültig politisch wie wirtschaftlich in die Knie zwingen.

## **Nach dem 2. Golfkrieg**

Im Jahr 1991 ordnen die Vereinten Nationen eine [Flugverbotszone](#) im Norden des Iraks an. Sie soll zunächst die Kurden vor Luftangriffen der irakischen Armee schützen. Im darauffolgenden Jahr wird eine weitere Zone für den Süden etabliert. Erstmals finden im Norden Iraks freie Wahlen in den mehrheitlich kurdisch bevölkerten Gebieten zustanden. Nach einer kurzen Zeit der Einigung, bekämpfen sich die größten kurdischen Parteien, [KDP](#) und [PUK](#), von 1993 bis 1994. Der anschließende Waffenstillstand verhindert nicht, dass im Spätsommer 1996 wieder blutige Kämpfe ausbrechen, bei denen die KDP von Bagdad unterstützt wird. Beendet wird der [Konflikt](#) dann erst im September 1998 durch ein Friedensabkommen in Washington.

Um die Folgen der Wirtschaftssanktionen für die Zivilbevölkerung abzufedern, beschließen die Vereinten

Nationen das [«Oil-for-Food-Programm»](#). Es erlaubt dem Irak, Einnahmen aus dem Ölgeschäft für den Kauf der lebensnotwendigen Güter zu verwenden. Das Abkommen stoppt die zunehmende Verarmung der Bevölkerung nicht. Ende des Jahres 1999 verschärft sich sowohl die innen- wie auch die außenpolitische Lage im Irak. Saddam erklärt die Flugverbotszonen für nichtig. Die Arabische Liga entzweit sich bei der Frage des Umgangs mit Saddam Hussein. In der Stadt Nadschaf wird der hohe schiitische Geistliche, [Ayatollah Mohammed Sadiq al-Sadr](#), ermordet. Die Folge: große Unruhen überall im Land mit mehreren hundert Toten. Bis zum Ende des Jahres 2002 verschärfen sich die Spannungen zwischen Schiiten und der Bagdader Zentralregierung. Auch die Beziehungen zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen verschlechtern sich zusehends. Insbesondere, weil die internationalen Waffeninspektoren im Land nicht ungehindert arbeiten können. Im Januar 2003 beschwert sich der oberste UN-Kontrollleur, [Hans Blix](#), über mangelnde Unterstützung seitens der irakischen Regierung.

Im März 2003 kommt es zum völkerrechtswidrigen Irak-Krieg, auch 3. Golfkrieg genannt, bei dem Alliierte, angeführt von den USA und GB eine Invasion in den Irak umsetzen. Der [Irak habe Massenvernichtungswaffen](#), und [stelle eine Gefahr](#) für die Sicherheit dar, so der Tenor der Sicherheitsdienste und Führungsriege in Washington und London. Nach dem Ende dieses Krieges sind Saddam und seine Führungsriege auf der Flucht, der Krieg wird im Mai 2003 für beendet erklärt, [Paul Bremer](#) als Verwalter eingesetzt, der u.a. den Übergang zu einem föderalistischen Staat regeln soll. Im Dezember desselben Jahres spürt man Saddam Hussein in seinem Versteck auf – einem Erdloch bei Tikrit. Im Juni des Folgejahres beginnt die Übergangsregierung unter [Ijad Allawi](#) ihre Arbeit.

Unter US-amerikanischer und britischer Besatzung finden 2005 die ersten [Wahlen](#) statt, die [Vereinigte Irakische Allianz](#) eine mehrheitlich religiös-orientierte, schiitische

Parteiensammlung gewinnt die Wahl, [Ibrahim Jaafari](#) wird erster gewählter Premier. Der langjährige PUK-Vorsitzende [Jalal Talabani](#) wird vom Übergangsparlament zum Staatspräsidenten gewählt. Im Oktober 2005 wird die Verfassung mit großer Mehrheit in einem Referendum bestätigt. Die sunnitisch-geprägten Provinzen Anbar und Salah ad-Din lehnen die [Verfassung](#) jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit ab. Auch in der Provinz Nineve steht die Zustimmung auf der Kippe.

Hauptkritikpunkt gegen die Verfassung ist die föderale Struktur mit der Option, neue Autonomiegebiete zu gründen. Arabisch-sunnitische Politiker befürchten, dass sich so die ölreichen Gebiete im Norden (mit großer kurdischer Bevölkerung) und Süden (mit großer arabisch-schiitische Bevölkerung) abspalten.

In den ersten Jahren der Besatzung kommen [Beweise für Missbräuche](#) im Gefängnis Abu Ghuraib an die Öffentlichkeit. Darin waren US-amerikanische Soldaten sichtbar, wie sie irakische Gefangene foltern und erniedrigen. Zahlreiche mediale und populäre Proteste folgen. In Gerichtsverfahren werden einige der identifizierbaren Akteure zu «[milden Haftstrafen](#)» verurteilt.

Malikis 1. Regierungszeit wird von massiver konfessioneller Gewalt und [steigenden Opferzahlen](#) überschattet. Milizen betreiben eine «Umgestaltung» mehrerer Stadtteile entlang ethno-konfessionellen Grenzen und Terrorgruppen verüben Anschläge auf «strategisch relevante Ziele» aber auch auf Ansammlungen von Menschen, wie etwa auf schiitische, religiöse Feste. Während vor allem der Süden und die großen Städte des Landesinneren von der Gewalt betroffen sind, ist die Sicherheitslage im kurdisch-regierten Norden verhältnismäßig stabil. 2010 finden Wahlen im Irak statt. Nach langwierigen Absprachen zwischen Malikis [Rechtstaatskoalition](#) und Allawis [Iraqiya-Partei](#) sowie der Einbindung der Kurdischen Allianz und der [Irakischen Nationalen Allianz](#), kommt es dann doch noch zur Regierungsbildung. Maliki bleibt für eine weitere



Regierungszeit Premier.

Im Dezember 2011 ziehen die letzten 500 US-Soldaten ab; zum Schluss eines Jahres, das wiederum rund 4150 Zivilisten das Leben kostete.

Die Zeit von 2012 bis 2013 ist von einer anhaltenden [politischen Krise](#) im Irak geprägt. Die Regierungsarbeit ist durch Misstrauen geprägt. Gewalttätige Konfrontationen gibt es um die Grenzen der Provinzen in den «Umstrittenen Gebieten». Mitte November 2012 stehen sich dort kurdische Peschmerga und die irakische Nationalarmee 10 Tage gegenüber. Es kommt auch zu Schusswechseln, aber eine Eskalation kann noch rechtzeitig verhindert werden. Mehrere Rücktritte bzw. Entlassungen sunnitischer Regierungsmitglieder sorgen für reichlich Zündstoß auf Regierungsebene. All dies angesichts von Massenprotesten und wieder ansteigender Gewalt. Zudem gibt es ganz erhebliche Dispute um das im März verabschiedete Nationalbudget und um ein neues Gesetz zur Regelung des Öl- und Gasgeschäfts.

Die Streitigkeiten darüber führen dazu, dass die Kurdische Allianz die Mitarbeit an der Regierung einstellt und auch Parlamentssitzungen boykottiert. Am 20. April 2013 sind im Irak [Provinzwahlen](#) angesetzt und im Vorfeld gibt es bereits mehrere Anschläge. Die Wahlkommission setzt die Abstimmung in den Provinzen Anbar, Ta'mim und Nineveh aus Sicherheitsgründen aus. Die Gewalttaten mehren sich. Auch die Wahlen in den drei kurdischen Provinzen finden erst später, im September 2013, statt. Allerdings nicht aufgrund von Sicherheitsbedenken, sondern wegen langwieriger Vorbereitungen und verlängerter Fristen für die Kandidaten-Registrierung. Am Ende der Provinzwahlen steht ein klarer Wahlerfolg für Malikis Rechtsstaatsallianz.

Doch die konfessionellen Spannungen dauern an, große Parteien und Allianzen verfügen über schlagende Milizen. Die neue Verfassung erklärt die sogenannten [«Debaathifizierung»](#) zum

Ziel. Sunnitische Politiker beklagen, dass dadurch ein weiteres Instrument geschaffen wurde, das sie als Gruppe benachteiligt und von der Teilhabe in den staatlichen Institutionen ausschließt. Entlassene irakische Offiziere der Armee und Sicherheitsapparate kommen in den Milizen in Lohn und Brot und finden wieder Anerkennung.

Besonders die sunnitische Terror-Miliz [«Islamischer Staat» \(IS\)](#), 2003 im Irak gegründet, entwickelte sich im syrischen Bürgerkrieg unter dem Namen «Islamischer Staat in Syrien und in der Levante» (ISIL) sowohl militärisch wie auch institutionell weiter. Sein damaliger Führer, Abu Bakr al-Baghdadi, befehligt in den Anfangsjahren internationalen Schätzungen zufolge ca. 40.000 Kämpfer. Damals rief der sogenannte IS das Kalifat im Irak aus, riß unter anderem die Stadtverwaltung der Millionenstadt Mossul an sich und ersetzte die dortigen Polizeibehörden durch eigene Milizionäre. Unter Morddrohung wurden die Christen vertrieben. Andere religiöse Minderheiten, wie die [Yeziden](#) z.B, wurden systematisch verfolgt und gezielt ermordet.

2014 finden sowohl Provinzwahlen als auch [nationale Wahlen](#) statt. [Malikis Dawa-Partei gewinnt](#), verfehlt jedoch wieder die absolute Mehrheit. Eine Regierungsbildung gelingt ihm trotz der Versuche, neue Allianzen zu bilden, nicht. Den Machtvakuum nutzen die Milizen und Terrorgruppen, allen voran der IS. Maliki tritt unter inner- irakischem und internationalem Druck zurück. Hauptvorwürfe an ihn sind sein autoritärer, konfessionalistischer Regierungsstil sowie Inkompetenz im Kampf gegen den IS.

Sein Nachfolger und Parteikollege [Haidar al-Abadi](#) schlug einen neuen diplomatischen Kurs ein, verbesserte die Beziehungen zu den arabischen Nachbarn, allen voran Saudi-Arabien. Im Kampf gegen den IS musste er eng mit der Türkei und den kurdischen Peschmerga zusammenarbeiten, da die irakische Armee allein des Problems nicht Herr werden konnte. Für die Verdrängung des IS musste zusätzlich die [«Volksmobilisierung»](#), eine Ansammlung

von vorwiegend schiitischen Milizen, einspringen. Auf Geheiß des bedeutendsten schiitischen Geistlichen im Irak, [Groß-Ayatollah Ali As-Sistani](#), schlossen sich tausende kampfbereite Zivilisten an. Obwohl der IS nun als territorial verdrängt gilt, reichte der militärische Sieg nicht für eine Bestätigung im Amt aus.

Im Juni 2017 verbreiten irakische Medien die Nachricht, dass auch die Altstadt von [Mosul](#) nunmehr unter ihrer Kontrolle sei. Darunter auch die große Moschee – symbolträchtig, weil Al-Baghdadi hier den sogenannten islamischen Staat ausgerufen hatte. Bis Ende 2017 geht der Anti-IS-Kampf weiter. Mit der Eliminierung hochrangiger Mitglieder der Führungsriege, wahrscheinlich sogar des immer wieder totgesagten [Anführers](#) selbst, ist der IS derzeit substanziell geschwächt und im Irak in den Untergrund verdrängt. Menschenrechtsorganisationen dokumentieren während und nach der Befreiung von Mosul zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte, die die Anti-ISIS-Front begangen haben soll. Human Rights Watch wirft den irakischen Sicherheitsbehörden sogar Vertuschung möglicher Kriegsverbrechen vor.

Wir hatten einst die GIZ angefragt, die Länderinformationen vom Länderportal für unsere touristischen Webseiten zu nutzen. Dazu sollten wir auf die Urheber hinweisen. Nesrine Shibib hat die Länderinformation zum Irak gestaltet. Die Inhalte wurden bis 2020 im Auftrag der GIZ gepflegt.